

Neue Fälle von Zensur

Mehrere Bücher und eine Zeitschrift sind verboten worden. Dazu gehört das Werk "Sebuah Mocopat", das vom ehemaligen Sekretär der PKI-nahen Künstlerorganisation LEKRA geschrieben wurde. Vor den Zensoren nicht bestanden hat auch eine Schrift der Rechtshilfeorganisation LBH über die Vorfälle in der Provinz Aceh. Wegen Diskreditierung der indonesischen Regierung wurde weiterhin eine in Australien erscheinende Zeitschrift verboten. Damit durften in den letzten zwei Jahren 30 Bücher und Zeitschriften in Indonesien nicht verbreitet werden.

vgl. Tempo v. 27.6.1992, S.25

Ausreisegenehmigung abgeschafft

Noch im Laufe dieses Jahres wird die sogenannte "Ausreisegenehmigung", die jeder Indonesier haben muß, der ins Ausland reisen will, abgeschafft. Damit soll ein weiteres Relikt aus der Kolonialzeit beseitigt und der Verkehr ins Ausland erleichtert werden. Dafür wird die Ausreisesteuer von jetzt um rund 230 DM erhöht. Personen, die auf der schwarzen Liste stehen, erhalten nach wie vor keine Ausreisegenehmigung.

vgl. Tempo v. 1.8.92, S. 36

Streikwelle in Java

Eine Streikwelle rollt in diesem Jahr über Indonesiens Fabriken hinweg. Vom 7. Januar bis zum 10. Februar kam es allein in Java zu 68 Protestaktionen, an denen von 60 bis zu 4000 Personen teilnahmen. Gefordert wurden Lohn-erhöhungen und Übergangsgeld bei Kündigungen, protestiert wurde gegen die sexuelle Belästigung von Arbeiterinnen und die polizeiliche Festnahme von Kollegen.

Teilerfolge konnten die ArbeiterInnen der Jabatex-Fabrik in Tangerang im Anschluß an ihre Streiks im Juni verzeichnen. Zwar wurde der Forderung nach Auszahlung des Minimallohns nicht nachgekommen, wohl aber denen nach Zuschüssen für Lebensmittel, Kleidung und Transport.

Eine andere Art von Protest äußerte sich in der Umgebung aller Zigarettenfabriken in Java. Bei den Parlamentswahlen im Juni verlor dort die regierende GOLKAR-Partei zugunsten der oppositionellen PDI und PPP. Grund dafür war das Nelkenmonopol von Präsidentensohn Tommy Suharto, das einen Produktionsrückgang in der Zigarettenindustrie bewirkte (Gewürznelken sind Bestandteil der Kretek-Zigaretten). Dieser bedeutete für die Arbeiter Kurzarbeit oder Zwangsurlaub.

vgl. Tempo v. 27.6.92, S. 26f und div. Artikel indones. Zeitungen

Umstrittenes Verkehrs-Gesetz verschoben

Am 17. September sollte ein neues Gesetz über Verkehrskontrollen in Kraft treten, das überall im Lande Proteststürme ausgelöst hatte. Das Gesetz, das am 20. März im Parlament verabschiedet wurde, sieht folgende Regelungen vor: für Kraftfahrer, die keinen Führerschein besitzen, eine Geldstrafe von 6 Mio. Rupiah (über 5500 DM) oder eine Haftstrafe von 12 Monaten, die Mißachtung von Verkehrsregeln kostet ebenso viel und 1 Mio. Rupiah muß bezahlen, wer seinen Führerschein nicht bei sich trägt oder wer wegen Übermüdung oder Trunkenheit am Steuer auffällt. Diese Bußgelder sind so hoch, daß sie z.B. für die Fahrer öffentlicher Transportmittel oder Motorradfahrer der Mittel- und Unterschicht unmöglich aufzubringen sind.

Die Befürworter dieses Gesetzes argumentieren mit der schlechten Fahrdisziplin und der hohen Zahl an Verkehrsunfällen. Die Gegner sind der Ansicht, daß solch hohe Strafen nicht mit den Grundzügen des Strafrechts in Einklang ständen und nur die Korruption anstacheln würden. An mehreren Orten kam es zu Protestaktionen und es gab bereits einem Aufruf zu einem allgemeinen Streik im öffent-

lichen Nahverkehr zum 1.9.1992, just dem Tag, an dem in Jakarta die Konferenz der Blockfreien beginnt. Daraufhin verschob Präsident Suharto das Inkrafttreten des Gesetzes, das vom Ministerium für Kommunikation konzipiert worden war, auf den 17. September 1993. Begründung: Das Gesetz brauche noch eine längere Vorbereitungszeit sowohl in der Bürokratie als auch in der Bevölkerung.

vgl. Tempo v. 25.7.92, S.28-30, 22.92, S.80; Harian terbit 11.8.92.

Aceh: Verurteilung von Armeeangehörigen

16 Personen, die vor den indonesischen Truppen nach Malaysia geflohen waren, wurden vom Nachbarstaat den indonesischen Behörden unter dem Vorwand, es handle sich um illegale Arbeitskräfte, wieder übergeben. Sie mußten eine Erklärung unterzeichnen, daß sie in keiner Weise mehr mit der "Bewegung Freies Aceh" zu tun haben wollen. Weiteren Personen wurde inzwischen der Prozeß gemacht. Nach Angaben von TAPOL sind Mitglieder aller Gesellschaftsschichten der subversiven Tätigkeit in Aceh angeklagt, darunter auch Armeeangehörige und Regierungsbeamte.

vgl. TAPOL No.111, Juni 1992, S.16f und No.112, S.19

- Anzeige -

Soeben erschienen
ERBIL KURT

Das Jahr der Lüge
Prinzipien und Methoden staatlicher Medienbeeinflussung in der VR Chlna während der Demonstrationen 1989
ISBN 3-86071-218-7
52 Seiten. Preis DM 9,80

Radio von unten
Das alternative Medienmagazin
48 Seiten monatlich
Probexemplar DM 5,-
DM
Jahresabo 49,-

Verlag Rainer Pinkau
Weender Straße 30, 3400 Göttingen 1

Dili-Massaker: Ungleiches Recht

Das blutige Dili-Massaker vom 12. November 1991 hat weitere Nachwirkungen. Die Regierung hat sich inzwischen offiziell zu 50 Toten, 91 Verwundeten und 90 Vermißten bekannt; Zahlen, die von der internationalen Öffentlichkeit weiterhin angezweifelt werden. Neue Fragen werfen auch die Gerichtsprozesse auf. Gregorio da Chunha Saldana und Fransisco Miranda, beide der Organisierung der Demonstration angeklagt, wurden zu lebenslänglich bzw. 15 Jahre Haft verurteilt. Weitere fünf Personen erhielten 5-10 Jahre. Ihr Vergehen: die nationale Einheit Indonesiens in Frage gestellt und gegen sie gekämpft zu haben. Auf der anderen Seite wurden Angehörige der Armee, die an den

Schießereien in Dili beteiligt waren, zu Haftstrafen von 12-18 Monaten verurteilt.

Die Rechtsanwälte der Demonstranten meinten dazu, daß diese Urteile mehr aus politischen als aus juristischen Erwägungen heraus gefällt worden seien. Die Haftstrafen für die Demonstranten seien viel zu hoch. Diese Meinung wurde z.T. auch in Regierungskreisen mit der Befürchtung geäußert, daß der Ausgang der Prozesse dem internationalen Ansehen Indonesiens schaden könne.

Eine scharfe Reaktion gab es vor allem in den USA, wo fünf Senatoren in einem Brief an Außenminister Baker forderten, daß die US-Delegierten auf der Sitzung des Geldgeberkonsortiums CGI eine entsprechende Protestnote vortragen sollten.

vgl. Kompas v. 2.5.92, Tempo v. 18.7.92, S. 27

INGI-Konferenz in Tokio

Seit 1984 gibt es das internationale Forum von Nicht-Regierungsorganisationen zu Indonesien (INGI), das im März wieder in Tokio tagte. In den Veröffentlichungen und in der Pressekonferenz wurde – auf ausdrücklichen Wunsch der indonesischen Teilnehmer – auch Stellung genommen zur Menschenrechtssituation in Ost-Timor. INGI geriet in den Strudel der Empörung über die Verknüpfung von Entwicklungsarbeit und Menschenrechte, wie sie u.a. die niederländische Regierung nach dem Massaker in Ost-Timor im November 1991 ausgesprochen hatte. Mit der Zurückweisung aller weiteren staatlichen Entwicklungsgelder aus Holland und mit dem Herausdrängen Hollands aus dem Konsortium verbat sich der Präsident Indonesiens jede derartige Einmischung.

Gleichzeitig versuchte der Innenminister, den in seinen Augen schädlichen Einfluß aktiver NROs und des INGI-Forums loszuwerden. Nicht genug, daß das Verbot der Annahme staatlicher Gelder aus Holland auch die Zusammenarbeit zwischen holländischen Hilfswerken und indonesischen NROs empfindlich trifft; er warnte auch alle NROs, sich weiterhin in INGI zu engagieren.

Dies ist wieder ein scharfer Schlag gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, gegen Partizipation und Mitsprache, gegen die Entwicklung von Alternativen und Visionen zum Wohl des Landes. Damit soll Ruhe, Harmonie und Einheit wiederhergestellt werden. Eine Einheit, die auf Einheitlichkeit basiert, was aber schon allein angesichts der Größe und Ausdehnung des Landes nur oberflächlich sein kann.

Die Vorfälle vom März und April diesen Jahres, die Verbannung der Menschenrechtsfrage in die 'Inneren Angelegenheiten', die Bedrohung der internationalen Zusammenarbeit zwischen NROs in INGI, die konkrete, auch existentielle Bedrohung indonesischer NROs und ihrer Arbeit, die erneute Beschränkung des innerindonesischen Dialogs auf Genehmes und Genehmigtes

... diese Ereignisse rufen genau die Kräfte auf den Plan, die zur Gründung von INGI geführt haben: die internationale Solidarität im Interesse der Menschen.

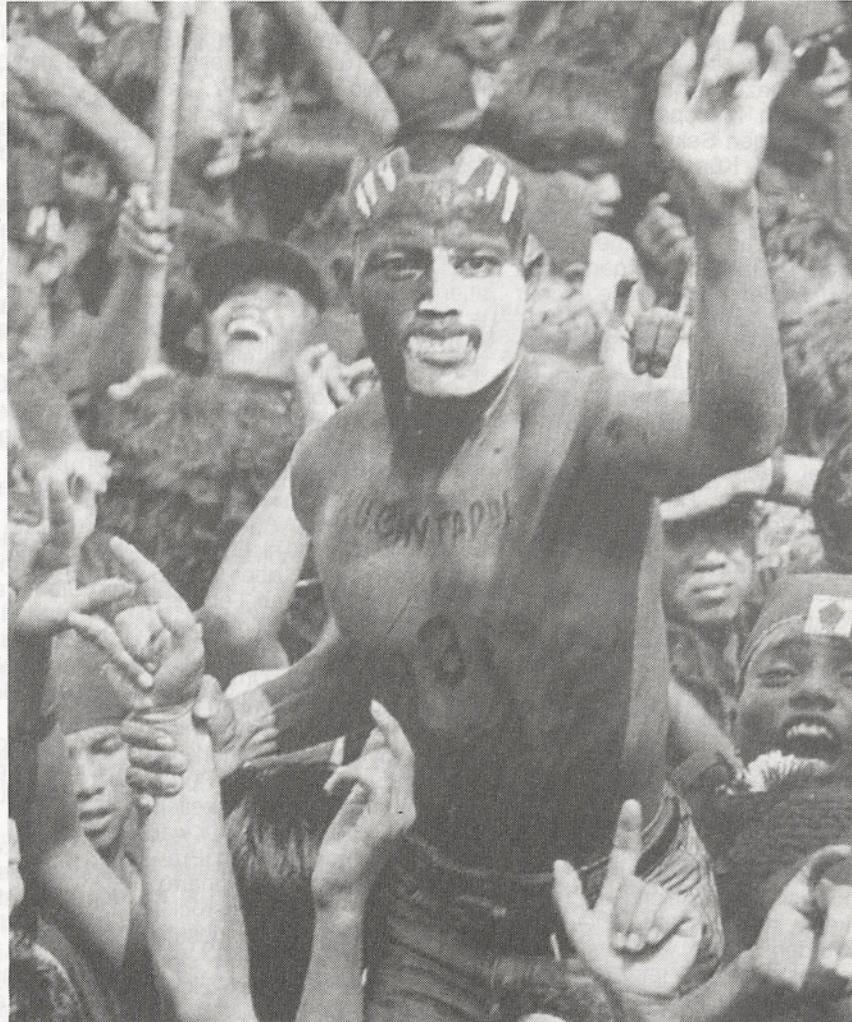
Mehr denn je war jetzt gefordert, daß sich INGI – Mitglieder bei ihren Regierungen für die gefährdeten Grundlagen der Zusammenarbeit mit Indonesien einsetzten. Im Vorfeld des neu sortierten Regierungskonsortiums ICG haben deshalb in allen Teilnehmerländern Gespräche stattgefunden mit Regierungsvertretern, mit Parlamentsangehörigen und Politikern, mit Mitgliedern von Ausschüssen, Kommissionen. Die großen Worte von den Bedingungen einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Regierungen finden hier ihre praktische Chance. Wer so massiv die Rechte seiner Bürger beschneidet, darf im Rahmen von Verhandlungen über Kredite und Konditionen wohl darauf aufmerksam gemacht werden. Auch wenn dies wieder als Einmischung verstanden werden kann.

(gekürzte Fassung eines Konferenzberichts von Ulla Felsenstein, Mitarbeiterin von Brot für die Welt)

Aufhebung von Einreiseverbot

13 von 27 Journalisten, denen bislang die Einreise nach Indonesien verwehrt war, wurden von der schwarzen Liste gestrichen. Ein Zusammenhang wird gesehen mit der Konferenz der Blockfreien Staaten Anfang September, zu der rund 2000 Journalisten erwartet werden.

vgl. Tempo v. 8.8.92, S. 25



Unterstützer der Demokratischen Partei (PDI) zeigen ihre Farben.

aus: FEER v. 11.6.92, S. 20

– Anzeige –

OSTTIMOR
Das Schweigen brechen

Hintergründe des Osttimorkonfliktes
Timoresische Kultur
Kolonialmacht Portugal
Befreiungskampf der Osttimoresen
Indonesische Menschenrechtsverletzungen

Klemens Ludwig, 80 S., viele Bilder, 1991, ISBN: 3-928717-01-4, DM 14,80
 zu beziehen über den Buchhandel oder bei der Pazifik-Informationsstelle, Postfach 68, 8806 Neuendettelsau